

Curtius Ipricht

Der deutsche Außenminister vor dem Völkerbund.

Genf, 16. September.

In der Vollversammlung des Völkerbundes hielt am Dienstag Reichsaussenminister Dr. Curtius seine angekündigte große Rede, in der er u. a. ausführte:

Ich sage ganz offen, daß für uns die gesamte internationale Entwicklung mancher Enttäuschung gebracht hat, aber ich kann trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund heute wie damals eine durchaus positive ist.

Wenn jetzt hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände in ihrer weiteren Entwicklung sogar zum äußersten, zum Kriege, führen könnten, so halte ich es für unbedingt geboten, auch den bloßen Gedanken an solche Möglichkeiten von vornherein auszuschalten.

Ich zweifle nicht, daß wir alle darin einig sind: Der feste Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewendet werden müssen, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden.

Denn die Befinnung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einer Ignorierung der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen.

Niemals dürfe, so erklärte erst kürzlich Herr Briand, der Völkerbund sich einer Strömung, einer Idee verschließen, mögen solche Strömungen und Ideen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen.

Die Reichsregierung hat immer die Auffassung vertreten, daß die Arbeit des Völkerbundes an der Organisation des Friedens darauf gerichtet sein muß, den Krieg nicht in erster Linie durch Vorbereitung von Repressivmaßnahmen, sondern durch vorzuziehende Mittel zu verhindern. Wir haben den Grundgedanken, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern daß es darauf ankommt, die Konfliktsachen zu beseitigen.

Im Zusammenhang hiermit steht die Abrüstung. Auf die Darlegungen, die die deutsche Delegation darüber hier seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Tatsachen erfolgt.

Die Dinge liegen in der Tat so, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur größten Enttäuschung Deutschlands im Rückstande sind. Wir müssen uns hier die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage klar sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, welche die Abrüstung und Erreichung aller Abrüstungsziele, schnelle Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Schritten.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beimißt, ist die Minderheitenfrage. Wenn die Erfahrungen seit dem verfloßenen Jahr vielleicht noch keine endgültige Antwort auf die Frage gestatten, ob die in Madrid beschlossenen Verbesserungen des Verfahrens zur wirksamen Durchführung der Garantie des Völkerbundes für den Schutz der Minderheiten ausreichen, so halte ich es doch für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern daß sie sich schon jetzt und weiterhin fortlaufend mit der geliebten Praxis beschäftigt.

Bei der ganzen Behandlung der Minderheitenfragen geht es nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen, sondern um ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens.

Der Minister kommt dann auf die Frage einer europäischen Kooperation zu sprechen und dankt Briand dafür, daß es ihm gelungen sei, diese Idee aus der privaten Propaganda in den Blickkreis der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Kein Land fühle stärker als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Situation Europas. Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung steht sich Deutschland, so fährt Curtius fort, gleichwohl auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung Anlaß zu ernster Besorgnis gibt. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einer internationalen Kooperation im wahren Sinne des Wortes gekommen wäre.

Es dürfte der allgemeinen Auffassung entsprechen, das Problem vor weiteren Entschlüssen in seiner Totalität einem Studienkomitee zu überweisen, zu dem nach meiner Ansicht alle diejenigen Staaten hinzuzuziehen wären, deren Beteiligung für die sachliche Förderung des Problems erforderlich ist.

Keine Regierung hat das Recht, was die Krise in der Weltwirtschaft anbelangt, die Dinge sich selbst zu überlassen. Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr stärker betroffen als andere Länder. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß seine gesamte Wirtschaft und mit ihr die Landwirtschaft durch Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet ist. Das kann bei allen diesen Betrachtungen niemals außer acht gelassen werden.

Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Ueberschwemmung mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu errichten, die den Ruin der Landwirtschaft nach sich ziehen muß. Von Deutschland, das seine landwirtschaftlichen Zölle nicht zuerst und nicht am meisten erhöht hat, kann ich versichern, daß es das einzige Ziel seiner Maßnahmen war, der eigenen Rentabilität gar nicht zu reden — wenigstens eine notdürftige Existenz ermöglichen.

Wenn wir von wirtschaftlicher Einigung Europas sprechen und diese in weitestem Sinne verstehen, so heißt das nichts anderes, als europäische Wirtschafts- und Zollunion. Indessen weiß jeder, der die europäischen und die Weltwirtschaften kennt, wie groß bei der Verwirklichung solcher Pläne die Schwierigkeiten sind, die sich aus der Verschiedenheit der natürlichen Produktionsvoraussetzungen und der Verschiedenheit der finanziellen und sozialen Struktur, sowie aus der Gebundenheit an bestehende Verträge ergeben.

So wichtig und weittragend der übereinstimmende Entschluß der europäischen Staaten ist, den Weg einer besseren und einheitlichen Wirtschaftsordnung zu betreten, so werden die eigentlichen Schwierigkeiten doch erst beginnen, wenn wir daran gehen, das „Wie“ hierfür zu finden. Es kann sich bei dieser großen Aufgabe nicht darum handeln, um Zollpositionen zu feilschen oder sich kleine Vorteile für einige Jahre zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen langen Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch gegenseitige Ubrriegelung und durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet war.

Der Eindruck in Genf

Die Rede des deutschen Außenministers Dr. Curtius ist von der Vollversammlung des Völkerbundes mit großem Interesse aufgenommen worden und hat eine durchweg gute Aufnahme gefunden. Der Konferenzsaal war so gut besucht, wie bei den großen Reden Briands und Hendersons. Auffallend war der starke Andrang auf den Publikums- und Diplomatentribünen. Als die Glocke des Präsidenten die Beendigung der Uebertragung der Rede des italienischen Delegierten Scialoja verkündete, eilten die Journalisten und Delegierten auf ihre Plätze, um sich die Rede des deutschen Delegierten, die diesmal mit besonders großer Spannung erwartet wurde, anzuhören.

Unter großem und langanhaltendem Beifall betrat Reichsaussenminister Dr. Curtius die Rednertribüne und begann seine Rede in deutscher Sprache.

Wiederholt wurden seine Ausführungen von der Versammlung mit Beifallsbezeugungen unterstrichen, insbesondere als er betonte, daß Deutschland dem Völkerbund gegenüber positiv eingestellt sei und an seiner Weiterentwicklung mit allen Kräften mitarbeiten werde. Mit sichtlichem Interesse verfolgten insbesondere die französischen Delegierten die Ausführungen des Ministers, deren französische Uebersetzung der Delegation durch Kopfhörer übertragen wurde. Zum Schluß erteilte Dr. Curtius reichen Beifall, an dem sich auch die französischen, englischen und italienischen Delegierten beteiligten.

Der herbe Ton, mit dem der deutsche Delegierte die zurückliegende Arbeit des Völkerbundes kritisierte, ist allgemein bemerkt worden. Die offizielle Sprache, mit der der deutsche Außenminister seine Auffassung über die unbefriedigende Entwicklung der letzten Jahre auf den verschiedensten Gebieten des Völkerbundes, insbesondere dem der Abrüstung, Ausdruck verlieh, hat beim ganzen Hause Beachtung gefunden.

Die Europäisierung

Genf, 17. September.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlichte die von der französischen Delegation im Namen der mitunterzeichneten Delegationen vorgelegte Entscheidung, auf die sich im Laufe des gestrigen Tages fast alle Mitglieder des Völkerbundes geeinigt haben, und die der Völkerbundsversammlung heute zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. In der Entscheidung heißt es: Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens von grundlegender Bedeutung ist. Sie fordert die Regierungen der europäischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes auf, unter Mitwirkung des Sekretariats als Kommission des Völkerbundes, die in Angriff genommene Untersuchung fortzusetzen, und die ersten Ergebnisse dieser Prüfung soweit wie möglich in Form eines konkreten Vorschlags in einem Bericht niederzulegen, der so rechtzeitig ausgearbeitet werden soll, daß er der nächsten Völkerbundsversammlung vorgelegt werden kann. Am Schluß beantragen die unterzeichneten Regierungen die Annahme der Entschließung nach dem geschäftsordnungsmäßig zulässigen vereinfachten Verfahren der Völkerbundsversammlung. Die Entschließung ist von den Vertretern von 45 Staaten unterzeichnet, darunter auch Deutschland.

Hindenburg im Manöver

Reichspräsident von Hindenburg reiste Dienstag ins Manövergelände ab, um dort den großen Übungen der Reichswehr beizuwohnen. Die Manöver haben am Montag bereits ihren Anfang genommen und werden sich über die ganze Woche ausdehnen.

Im vorigen Jahre haben bekanntlich die Manöver wegen der umfangreichen Etatfürzungen durch den Reichstag ganz ausfallen müssen. Auch in diesem Jahre stehen hierfür nur ungenügend Mittel zur Verfügung. Die militärische Leitung der Reichswehr hat aber die Verantwortung für ein abermaliges Ausfallen der großen Manöver nicht übernehmen wollen, die Kosten aber dadurch auf ein Mindestmaß beschränkt, daß diese Manöver nur als sogenannte Rahmenübung zur Durchführung kommen. Es handelt sich hierbei nicht so sehr um die Prüfung der Leistungen der Truppe, sondern um die Lösung taktischer und strategischer Aufgaben durch höhere Kommandostäbe. Diese Rahmenübungen stellen also gewissermaßen eine Verbindung von einem eigentlichen Manöver, d. h. also Kampfhandlungen von Bolkstruppen mit einem Geländespiel dar, bei welchem es auf die Befehlschulung von Stäben bis hinab zur Kompanie-Batterie usw. ankommt. Zu diesem Zwecke sind unter der Führung der beiden Gruppenkommandeure des Reichsheeres, der Generale Haffe und von Kayser, auf dem Manövergelände als Bolkstruppen die 5. Division (Stuttgart) und die 3. Kavalleriedivision (Kassel) und außerdem Stäbe und Nachrichtenformationen aller anderen Wehrtreikommandos zusammengezogen worden. Die Manöver haben bereits am Montag ihren Anfang genommen. Die blauen Truppen unter General Haffe haben nördlich vom Thüringer Wald bei Almenau ihre Bewegungen aufgenommen, während General von Kayser östlich von Schweinfurt die rote Armee ins Treffen führt. Die Bevölkerung nimmt regen Anteil an den Übungen der Reichswehr, wenn auch die moderne „Kriegsführung“ und vor allem die Darstellung der größeren Verbände und der Deutschland unterworfenen Massen durch Flaggen dem Schlachtenbummler nicht allzuviel bieten.

Beginn der Reichswehrmanöver

Bad Kissingen, 17. September.

Der erste Manövertag bot in Kissingen, dem Hauptquartier der Manövertruppen, ein ungewöhnliches Bild. Truppen aller Waffengattungen in Feldausrüstung belebten die Straßen. Dreißig Offiziere aus Rußland, Japan, Italien, Bulgarien, Großbritannien und anderen Ländern weilten als Manövergäste der Heeresleitung in Kissingen; auch zahlreiche Pressevertreter sind im Manövergebiet eingetroffen, wo militärischer Hochbetrieb herrscht. Truppen mit Pferd und Wagen, die nach allen Richtungen marschieren. Hier ein Patrouillentrupp, dort eine Fernsprechkolonne, die Leitungen legt und Masten errichtet. Dann wieder Feldküchen, die die Truppen mit Proviant versorgen sollen. Neugierig drängt sich die Bevölkerung zusammen, wo es nur immer geht, um das einzigartige Schauspiel mit zu erleben, das dem einzelnen nur selten geboten wird.

An der Regnitz, südlich von Bamberg, steht die blaue Armee im Kampfe gegen ihren roten Gegner, der von Westen her vorgebrungen ist. Südlich vom Thüringer Wald haben sich weitere blaue Truppen, in der Weingegend rote gesammelt, deren Kämpfe im wesentlichen die Aufgabe des Manövers bilden. Während die einzelnen Stäbe voll besetzt sind werden die Truppenverbände durch Mastierungen ergänzt. Besten nachmittag wurde der „Kriegszug“ verhängt. In der Nacht vom Montag zum Dienstag kam es bereits zwischen Kavallerietruppen beider Parteien zu einem Feuergefecht bei Reustadt an der Fränkischen Saale. Aus diesem Gefecht ergab sich, daß die nördlich des Thüringer Waldes zusammengezogenen blauen Truppen, deren Stärke im Verlauf der Nacht auf sechs Divisionen anschwoll, sich in unentwegtem Vorgehen gegen die ebenfalls starken roten Streitkräfte die sich in der Regnitzgegend konzentriert hatten, befinden.

Auch der gestrige Tag brachte einige interessante Besuche, in denen das zeitliche Bild einer Gefechtsformierung von Schwadronen entwickelt wurde, die mit großem Geschick die Gestaltung und Bedeutung des für Militärübungen ausgearbeiteten Geländes ausnutzten und sich truppweise in die Feuerlinie vorstießen. Im wesentlichen war der erste Tag ein Tag der Marsche in die taktisch wichtigen Geländebereiche.

Bäurische im Berliner Rathaus

Berlin, 17. September.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die zum ersten Mal nach den Sommerferien wieder zusammengetreten war, kam es gleich zu Beginn zu wüsten Bäurischen der Kommunisten, deren Dringlichkeitsanträge gegen die Rotverordnungen der Reichsregierung, die bereits schon einmal in einer Ferialsitzung behandelt werden sollten, aber seinerzeit nicht erledigt wurden, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Die Kommunisten machten einen derartigen Lärm und beschimpften insbesondere die sozialdemokratischen Stadtverordneten, unterstützt von kommunistischen Tribünenbesuchern, daß eine weiterführende Verhandlung unmöglich war und der Vorsteher die Sitzung unterbrechen mußte.

Die Heimkehrer aus Sibirien

Kriegsgefangene höchstens noch freiwillig in Rußland
Berlin, 17. September.

Neuerdings wird wiederum behauptet, das Auswärtige Amt sei falsch unterrichtet über die noch immer in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen. Zwei von diesen Kriegsgefangenen hätten erst im vergangenen Jahre erfahren, daß der Weltkrieg beendet sei, und es sei ihnen dann keine Hilfe zur Rückkehr in die Heimat zuteil geworden.

Demgegenüber wird von maßgebender deutscher Stelle erklärt, auf allen über Haupt nur möglichen Wegen sei den in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bekanntgegeben worden, daß sie in die Heimat abtransportiert werden können. Es sei also völlig ausgeschlossen, daß immer noch Kriegsgefangene in Rußland zurückgehalten werden. Bei den heute noch in Rußland lebenden Kriegsgefangenen könne es sich nur um Leute handeln, die freiwillig dort zurückgeblieben sind. Diejenigen ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die heute noch zurückkehren wollen, könnten auch jetzt noch auf Kosten des Reiches heimreisen.



Deutschlands erstes Garagenhochhaus.
In der Kantstraße zu Berlin steht das erste Garagenhochhaus Deutschlands nach dem Entwurf Ingenieur L. Serlins kurz vor der Vollendung.